

Begabungspreis:

Nom. 25. Ren. bis 1. Dez. 1923 oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband nom. 25. Ren. bis 1. Dez. für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 1800 Milliarden, für das übrige Ausland 2000 Milliarden. Postbegabungspreis freibleibend.

Der „Morgen“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Seil“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morgenworts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295 Verlag: Donhoff 2506-2507

Donnerstag, den 29. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark, Kleinanzeigen 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (ausdrücklich zwei Zeilenlänge). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Einmalige Anzeigen das erste Wort 0,20 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 1/2 des gewöhnlichen. Eine Goldmark - ein Dollar gleich durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Eingang Nr. 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Auch Stegerwald gescheitert!

Abgelehntes Preußen-Ultimatum der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen veröffentlichen über den Ausgang ihrer gestrigen Fraktionsführung folgende Erklärung:

Die von den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums des Reichstags der Deutschnationalen Fraktion vorgelegte Hauptfrage betrifft Preußen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat deshalb beschlossen, die deutschnationale Preußenfraktion zu bitten, in Anknüpfung an die heute im Preussischen Landtage bereits gepflogenen Verhandlungen sofort nochmals an die bürgerlichen Parteien des Preussischen Landtages mit der Frage heranzutreten, ob diese Parteien geneigt sind, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der sobald zu erbitenden Antwort bleibt die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationale Preußenfraktion hat dementsprechend beschlossen. Im übrigen hat die deutschnationale Reichstagsfraktion sich jedoch bereit erklärt, die vorbereitenden Verhandlungen betr. die Reichsregierung weiterzuführen.

Dieses deutschnationale Ultimatum wird von der demokratischen Reichstagsfraktion mit folgender Erklärung abgelehnt:

Nachdem gegen den Wunsch der deutsch-demokratischen Fraktion von der deutschnationalen Fraktion die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preussischen Regierungsbildung verquickt ist und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und wird sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Weg, also auf dem Weg der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit beteiligen.

Wie verlautet, hat das Zentrum erklärt, daß es die Auffassung der Demokraten teile.

So ist auch die Bürgerblock-Regierung Stegerwald kaputt. Man denkt jetzt an eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die von der Sozialdemokratie toleriert werden soll, kehrt also im Bogen über Jarres-

Albert-Stegerwald zur Konstruktion des dritten Stresemann-Kabinetts zurück.

Das dritte Stresemann-Kabinett ist von den Sozialdemokraten gestürzt worden, weil es am militärischen Ausnahmezustand festhielt und nichts tat, um Bayern auf den Boden der Reichsverfassung zurückzubringen. Die Sache steht also so, daß die Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie gar nicht erst zu verhandeln braucht, da sie die nächsten Bedingungen für ein Tolerieren ihrer Regierung ohnehin schon kennt. Garantien für die Dauer lassen sich freilich auf diesem Wege nicht schaffen. Aber einmal muß man doch aus den ewigen Verhandlungen herauskommen und eine Regierung auf die Beine stellen, die zu regieren wenigstens versucht.

Als Reichskanzler einer Regierung der Mitte wird neuerdings wieder Herr v. Kardorff genannt.

Ueber die neueste Krise in der Krise wird weiter gemeldet:

Die Verhandlungen im Reichstag um das Ministerium Stegerwald gefalteten sich gestern nachmittags überaus schwierig. Herr Stegerwald will kein Kabinett ohne die Demokraten nicht bilden. Die Demokraten wollen aber auf die Forderung der Deutschnationalen, die große Koalition in Preußen aufzulösen, nicht eingehen und auch das Zentrum nimmt diesen Standpunkt ein. Infolgedessen verlief die Unterredung unter den Führern der sämtlichen fünf bürgerlichen Parteien ohne Ergebnis. Daran schloß sich eine weitere Verhandlung unter den Führern der bürgerlichen Parteien ohne die Demokraten. Es dreht sich um die Frage, ob die Deutschnationalen bereit sein werden, in der erwähnten Hinsicht weiter entgegenzukommen. Die Entscheidung liegt in den Fraktionsführungen, die in der siebenten Abendstunde begannen. Infolge des schwierigen Verlaufs aller dieser Verhandlungen ist die Frage der Auflösung des Reichstags wieder aufgetaucht. Ferner wird der Gedanke der Wiederherstellung der Weimarer Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in die Debatte geworfen, da die Sozialdemokraten erklären, daß sie eine Beteiligung an irgendeiner Koalition überhaupt nicht grundsätzlich abgelehnt haben.

Auslandshilfe und Landwirtschaft.

Das Wort des Grafen Westarp, daß das deutsche Volk bei vollen Scheuern hungere, ist buchstäblich zur Wahrheit geworden. Einer reichen Ernte des in früheren Jahren oft so knappen Brotgetreides steht eine Masse von Verbrauchern gegenüber, deren Einkommen selbst bei voller Beschäftigung nicht ausreicht, um die geforderten Preise zu zahlen. Der letzte Lebenshaltungsindeks, den wir an anderer Stelle wiedergeben, zeigt deutlich, daß sogar im Reichsdurchschnitt und trotz der künstlichen Niedrighaltung der Wohnungsmieten die Goldpreise für den wichtigsten Lebensbedarf um mehr als die Hälfte über dem Vorkriegsstand liegen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft bezieht Löhne, die hinter den Vorkriegslohn weit zurückbleiben. Weite Volksteile sind aber von dem Recht auf Arbeit ausgeschlossen. Sie sind auf die Unterstützung des Staates und der Gemeinden angewiesen, die selbst finanziell nicht aus und ein wissen. Unter diesen Umständen grassieren Not und Elend schlimmer als selbst in den Zeiten der Hungerblockade.

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Hilfsbereitschaft und der internationalen Solidarität aller, die noch menschlich denken, wenn jetzt aus allen möglichen Teilen der Welt eine Hilfstätigkeit für die notleidenden Volksteile Deutschlands einsetzt. Neben Freunden, die schon während des Krieges viel zur Vinderung der Kriegsschäden getan haben, wie die nordischen Staaten, finden sich Länder, die selbst den Elendsweg der Währungserrüttung gegangen sind, und Mächte, die früher Deutschland feindlich gegenüberstanden. Wir begrüßen dies als Wert nicht nur, weil es geeignet ist, zur Vinderung der größten Not beizutragen, sondern weil es nach Jahren des Kampfes und des Hasses die Völker der Welt einander wieder näher bringt.

Um so mehr ist zu bedauern, daß diese Hilfstätigkeit eine gewisse Beeinträchtigung erfahren hat durch eine Ausrufung Hoovers, des bekannnten Ernährungs-Kommissars für die notleidenden Gebiete, der sich mit großer und leider nicht unberechtigter Schärfe gegen die deutsche Landwirtschaft wendet. Ihm wird vorgeworfen, daß sie trotz guter Mittelernote die eigenen Volksgenossen hungern lasse, weil sie viel Geld verdienen wolle, und die Frage wird aufgeworfen, ob die Amerikaner Anlaß hätten, den Deutschen beizuspringen, wenn ihre eigenen Landsleute es nicht täten.

Wenn Hoover freilich der deutschen Landwirtschaft die alleinige Schuld an dem gegenwärtigen Ernährungs-elend heimicht, so geht das über das sachlich berechnete Maß von Vorwürfen, die man gegen die Landwirtschaft erheben muß, weit hinaus. Die Führer der Agrarier sind fraglos mit Schuld an der gegenwärtigen Not, deshalb, weil sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht nur für Ackerfrüchte, sondern auch für andere Waren auf das eifrigste befürwortet und schließlich auch durchgesetzt haben, längst, ehe eine Stabilisierung der Währung auch nur in ferner Sicht war. Dieser Kampf gegen alle gemeinwirtschaftlichen Bindungen hat den Übergang von der Inflationswirtschaft zu gesünderen Währungsverhältnissen unendlich schwierig gestaltet. Man kann aber den Landwirten in ihrer Allgemeinheit nicht den Vorwurf machen, daß sie das Volk hungern lassen, nur um verdienen zu wollen. Ein Blick auf die im Großhandel bezahlten Goldpreise für Getreide, Fleisch und andere Waren zeigt, daß die größte Verteuerung der Ware nicht bei dem Landwirt beginnt, sondern erst im weiteren Verlaufe der Verarbeitung und der Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte. Das muß um der Wahrheit willen festgestellt werden. Wenn heute an der Berliner Börse der Doppelzentner Roggen etwa 17,50 M. Gold gegen etwa 18,20 M. vor dem Kriege kostet, so kann man nicht nur nicht von einer absoluten Feuerung reden, der Preis bleibt auch hinter der durchschnittlichen Warenverteuerung im Kleinhandel zurück und ist keinesfalls ein Anlaß dafür, daß das Brot rund doppelt so teuer ist, wie vor dem Kriege. Nicht viel anders steht es um andere landwirtschaftliche Produkte auch, wenn freilich nicht verkannt werden soll, daß manche Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht den Friedenspreisstand wesentlich überschritten haben.

Die sinnlose Ueberverteuerung aller Lebensmittel im Kleinhandel und im Zustande der fertigen Verarbeitung ist eben mindestens in diesen Tagen nicht eine Folge von Ueberpreisen der Landwirtschaft, sondern vielmehr der Währungs-krise, die hauptsächlich durch den Friedensvertrag und durch die Art seiner Ausführung hervorgerufen ist. Weder kann man von dem Landwirt verlangen, daß er seine Ernte umsonst oder für wertlos werdendes Geld zur Verfügung stellt, noch kann man vom Müller und Bäcker fordern, daß er, der gegen Papiermark verkaufen muß, das Risiko der Geldentwertung bei einem neuen Einkauf allein trägt. Wir wollen damit keineswegs die geradezu unsinnige und in ihren Folgen für breite Volksmassen verheerende Anarchie der Preisbildung am Warenmarkt irgendwie in Schutz nehmen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß gegen jede Form des Wuchers, wo immer sie sich auch zeigt, mit dem schärfsten Nachdruck vorgegangen werden muß, und daß die

Kahr oder Knilling?

Knilling sucht die Entscheidung.

München, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch ist der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages, das sogenannte „Kleine Plenum“, zusammengesessen. Nachdem sich die Regierung hauptsächlich auf Drängen der Sozialdemokratie, dazu bereit erklärt hatte, eine Erklärung zur politischen Lage abzugeben, erwartete man bereits für diese erste Sitzung die Rede des Ministerpräsidenten Knilling. Wider Erwarten aber hielt Knilling mit seinen Ausführungen, deren Wortlaut bereits seit Dienstag festgelegt ist, zurück. An seiner Stelle erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Gehelmarz Held, der Ministerpräsident habe wissen lassen, daß er nur dann in der Lage sei, sich mit vollkommenem Freimuth über die politischen Vorgänge auszusprechen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Für diesen Fall wird am Donnerstag die politische Aussprache beginnen. Die Vorbeugungsmaßregel der Regierung ist unverständlich, und zwar auch dann, wenn man die ganzen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Rechnung stellt. Sie ist um so weniger verständlich, wenn man hört, daß Knilling entschlossen ist, sobald wie möglich, alleinstehend noch in dieser Woche, eine Entscheidung in der Frage: Regierung oder Generalkommissariat, herbeizuführen. Welt-erhebende Bedeutungen in dieser Richtung wird bereits die Donnerstagsrede Knillings im Ausschuss bringen, mit der offenbar der stille Kampf hinter den Kulissen der Bayerischen Volkspartei beendet und in ein Stadium gebracht ist, in dem die Entscheidung zur unbedingten Notwendigkeit wird. Damit hätte endlich jene politische Vermunft innerhalb der Regierungspartei Oberhand gewonnen, die angesichts des Hitler-Putsch und seiner Auswirkungen bereits in den bedeutenden Sitzungen am 10. November sich dafür einsetzte, daß jetzt reiner Tisch gemacht werden müsse. Eine sofortige Abkehr von der tendenzhaften Politik der Bayerischen Volkspartei scheiterte aber damals an der unentschlossenen Haltung der Fraktion, die es mit der Angst vor der eigenen Courage zu tun bekam. Die Entschlossenheit Knillings, das Ende des Generalkommissariats herbeizuführen, macht ansehnlich auch nicht Halt vor seinem eigenen Sturz. Für diesen Fall soll der Regensburger Oberbürgermeister Dr. Hipp das Staatsruhr in Bayern ergreifen, nachdem der Bamberger Oberbürgermeister Wächter eine Berufung seiner Partei aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat.

Krise in Oldenburg.

Rückkehr der kleinen Koalition?

Oldenburg, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung scheint für Oldenburg die schon lang akute Frage der Regierungsbildung aufzurollen. Nach den Wahlen im Juni d. J. blieb das Beamten-

ministerium, das nach dem Rücktritt des Koalitionskabinetts Langen gebildet worden war, weiterhin bis auf den heutigen Tag im Amte; denn die Bildung einer parlamentarischen Regierung scheiterte damals an der Deutschen Volkspartei, die, unterstützt durch das Zentrum, Forderungen für die Bildung einer großen Koalition an Stelle der kleinen erhob; obwohl sie in kräftigem Widerspruch standen zu dem Wahlergebnis selbst. Das weit rechts orientierte Zentrum weigerte sich einerseits, an einer Regierung ohne Volkspartei teilzunehmen. Nunmehr haben unter dem Eindruck der Verhältnisse im Reich Landesvorstand und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an einer Regierungsbildung zusammen mit Sozialdemokraten nicht mehr zu beteiligen. Es hat den Anschein, als ob daraufhin das Zentrum, das bisher mit der Volkspartei Hand in Hand Politik machte, umschwankt und wieder Neigung verspürt zur Bildung der kleinen Koalition. Damit würde aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ein Kabinett Langen entstehen.

Schluss mit der Rheinischen Republik?

Düsseldorf, 28. November. (WTB.) Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der „Generalbevollmächtigte“ teilt dem Vorsitzenden der Rheinlandskommission mit, daß in den letzten Tagen bereits drei Mitglieder des „Kabinetts“ ausgeschieden seien, nachdem es sich schon vor etwa 14 Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich „Kabinettsbeschlüsse“ faßte. Aus der sogenannten „Inzwischen durch das „Kab'netl“ angeführten „Obersten Heeresleitung“ hat sich eine „Militärdiktatur“ herausgebildet, bei der ein Sekretär, namens Rosenbaum, die Hauptrolle spielt. Bezeichnend ist das offene Eingeständnis am Schluss des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend, daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unfürhlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Der Leipziger Zwischenfall.

Paris, 28. November. (WTB.) Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoersch, hatte gestern dem Vorsitzenden der Botschaftskongress Jules Cambon, aus Anlaß des Leipziger Zwischenfalles, in dessen Mittelpunkt bekanntlich ein belgischer Leutnant und ein französischer Unteroffizier standen, einen Besuch ab. Der Geschäftsträger hat vor einigen Tagen in der gleichen Angelegenheit einen Schritt bei der französischen Regierung, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel einen solchen bei der belgischen Regierung unternommen.

Bucherspolizei allen Anlauf hat, steht mit aller Entschiedenheit einzugreifen, nachdem wertbeständige Zahlungsmittel stärker im Umlauf sind als früher. Die Ueberpreise in Goldmark haben fast nirgends mehr Berechtigung und müssen verschwinden, je mehr die Rentenmark in den Verkehr kommt. Aber allein die Tatsache, daß die größte Wertenerkung landwirtschaftlicher Waren erst dann einsetzt, nachdem der Handel sich ihrer bemächtigt hat, läßt klar erkennen, daß es sich um Wertentwertungen der Währungsfrage handelt. Es kommt hinzu die Unterbezahlung der deutschen Arbeitskraft, die ihrerseits eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur und auch der Ruhrbesetzung ist, sowie die gewaltige Arbeitslosigkeit, die immer wachsenden Volksmassen den Kauf der notwendigen Nahrungsmittel erschwert, ja fast unmöglich macht.

Wenn man aber im Ausland die deutschen Landwirte für das Verlegen der Lebensmittelversorgung verantwortlich macht, so hat das keinen guten Grund in dem Auftreten der Landbundführer, die alles getan haben, was diesen Verdacht verstärken muß. Ihr strupelloses geführter Kampf um die freie Wirtschaft, die fortgesetzte Drohung mit dem Steuerstreit, die Zusammenhänge, die zwischen ihnen und den illegalen bewaffneten Organisationen bestehen — all das mußte nicht nur das schärfste Mißtrauen des Inlandes, sondern auch des Auslandes hervorrufen. Und wenn schließlich das eingangs erwähnte Wort des Grafen Westarp im Ausland die Wirkung hat, daß man dort glaubt, die deutsche Landwirtschaft denke nicht daran, den Hungernden zu helfen, so kann man sich darüber nicht wundern. Aber man kann nicht die einzelnen Landwirte, unter denen es auch viele gutgesinnte gibt, für Verheerungen verantwortlich machen, die eines zweiten Wilhelm würdig wären in ihrer Brutalität und Unbesonnenheit.

Für die Menschenfreunde des Auslandes müßte und wird aber die Tatsache entscheidend sein, daß tatsächlich Millionen in Deutschland hungern, daß dieses Hungerleid nicht durch sie, sondern in erster Linie durch die außenpolitische Lage verursacht ist und daß ihnen jede Möglichkeit fehlt, sich selber zu helfen. Darum bleibt auch trotz der Aeußerung Hoovers die Hoffnung, daß Amerika in der Hilfsaktion für Deutschland die Führung übernehmen wird.

Zur Aufwertung der Hypotheken.

Eine außerordentlich wichtige Entscheidung in der Frage, ob alte Hypotheken ohne weiteres in entwerteter Papiermark zurückgezahlt werden können, hat jetzt das Reichsgericht gefällt. Der fünfte Zivilsenat des Reichsgerichts hat in einer Entscheidung zur Frage der Aufwertung der Hypotheken die rechtliche Möglichkeit zur Aufwertung aus § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt. Da Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte und die Umstände des einzelnen in Betracht zu ziehen sind, kann allerdings nicht allgemein und schlechthin der Grundlag ausgesprochen werden, daß alle Hypotheken aufzuwerten oder etwa im Verhältnis der Papiermark zur Goldmark zurückgezahlt sind. Die Bestimmungen des Bauspargesetzes stehen jedenfalls der Aufwertung nicht entgegen, da nach der Auffassung des Senats der alles beherrschende § 242 BGB. das Vorrecht vor der Bausparvorschrift von 1914 hat. Es würde Treu und Glauben widersprechen, wenn der Hypothekenschuldner die Lösung der Hypothek gegen Zahlung des Nennwertes verlangen könnte.

Mit diesem Spruch des Reichsgerichts wird vielen Hypothekengläubigern, die infolge der Geldentwertung vollkommen verarmt sind, die Möglichkeit gegeben, eine Zurückzahlung und Lösung ihrer Hypotheken abzulehnen, wenn man ihnen nur den Papiermarkennennwert anbietet. Ob und in wie weit im einzelnen Falle die Hypothekenschuld aufgemindert werden soll, darüber bringt die Reichsgerichtsentscheidung noch keine Klarheit. Es heißt da u. a., daß auf die wirt-

schaftlichen Umstände der Zeit bei der Aufwertung Rücksicht genommen werden müsse. So sei zu berücksichtigen die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, auch müsse die Frage geprüft werden, ob es sich um ein landwirtschaftliches Grundstück, industriellen oder hausbesitz handelt. Wie hoch der Anspruch aus einer vor dem Kriege entstandenen Hypothekenschuld für den Gläubiger ist, läßt sich demnach ziffernmäßig und allgemein nicht sagen. Vorläufig werden Gläubiger und Schuldner auf Verhandlungen angewiesen sein, in denen sie sich gütlich über die Aufwertungsfrage einigen können. Allgemeine Richtlinien für die Bewertung derartiger Forderungen dürften sich erst allmählich aus der Rechtsprechung ergeben.

Jedenfalls ist mit dieser Reichsgerichtsentscheidung ein bitteres Urteil an vielen zu einem wesentlichen Teil wieder gut gemacht worden, die früher in gutem Glauben ihre Spargelder zum Zwecke des Häuserbaus oder für Zwecke der Industrie und Landwirtschaft hingegeben, jetzt aber durch die Geldentwertung vollkommen verarmt sind. Zahllose Volksgenossen freilich, die sich in ganz gleicher Lage befanden, indem sie ihr Geld auf die Sparkasse trugen und es da sich entwerteten haben, gehen bei dieser Regelung leer aus, und es ist eine große Frage, ob sie überhaupt in irgendeiner Form einmal auf eine Entschädigung rechnen können. Bei den Hypotheken liegt die Sache insofern einfacher, als hier Gläubiger und Schuldner einander gegenüberstehen, wobei in der Regel der Schuldner während des Krieges und später reich geblieben oder noch reicher geworden ist, während auf der anderen Seite der Schuldner der Kriegsanleihen, der Spartassenguthaben usw., also Reich, Staat und Gemeinden, durch die Geldentwertung selbst in den finanziellen Abgrund geraten und damit außerstande gesetzt worden sind, auch füglich berechnete Ansprüche ihrer Gläubiger zu erfüllen.

Scheidemann zur Krise.

Genosse Scheidemann veröffentlicht im „Casseler Volksblatt“ einen Artikel, aus dem W.B. folgendes wiedergibt:

Da kein Mensch wußte, wer und was nach Stresemann kommen werde, bekundete die sozialdemokratische Fraktion nach Lage der Dinge dem ihr unbekanntem Nachfolger Stresemanns, also Herrn L., mehr Vertrauen, als dem jetzt erledigten siedenden Kanzler der jungen Republik. Von Herrn L. wußte die sozialdemokratische Fraktion nur, daß er aller Voraussicht nach den Herren Hergt und v. Westarp genehmer sein würde, als Herr Stresemann es gewesen ist. Sollte das nicht schon manchem Parteimitglied ein wenig zu denken geben? Herr Stresemann ausdrücklich mein Vertrauen bekundete zu wollen nach den Erlebnissen unter seiner Regierung in Bayern, Sachsen und Thüringen wäre auch mir nicht möglich gewesen, aber zu der Stresemann-Krise hätte es ebenso wenig kommen dürfen, wie zu der unglückseligen Kanzlerschaft Cunos! Daß Wirth gestürzt wurde, war und erweist sich immer mehr als ein schwerer Fehler. In der Politik ist es oft wichtiger, Unheil, das man kommen sieht, zu verhüten, als auf Ziele hinzuarbeiten, die nach Lage der Dinge zunächst gar nicht zu erreichen sind. Wirth machte den taktischen Fehler, sich dadurch halten zu wollen, daß er die von bestimmter Seite längst gewünschte große Koalition zu schaffen suchte. Das glaubten ausschlaggebende Teile der Sozialdemokratischen Partei, kurz nach der Bereinigung mit der U.S.P., nicht ertragen zu können. So fiel Wirth. Das Parteileben hat sich nicht reparierbar politischer Fehler gemacht. Viele Arbeiter erkennen immer noch nicht den Unterschied zwischen Politik und Agitation. Man kann erfolgreiche Agitation für die Partei betreiben im Kampfe gegen alle anderen Parteien. Praktische Politik im Interesse des Volkes kann man aber nur dann mit Erfolg treiben, wenn man eine Parlamentsmehrheit zu bilden imstande ist. Natürlich muß jede Partei bemüht sein, durch ihr Tun und das dadurch erworbene Vertrauen der Wählermassen die politische Macht, d. h. die Mehrheit, für sich zu gewinnen; so lange ihr das nicht gelungen ist, muß sie sich mit anderen Parteien zu einer

Wahrheitsbildung zu verständigen suchen. Unbedingte Voraussetzung für eine Wahrheitsbildung ist die Einigung auf eine Plattform, Grundlage gemeinsamer Arbeit verschiedener Parteien muß ein Mindestprogramm sein, und unerlässliche Verpflichtung für alle an einer Wahrheitsbildung mit der SPD. in Betracht kommenden Parteien muß der Schutz der Republik und ihrer Verfassung sein. Da die Demokraten, das Zentrum und die SPD. der Verfassung zugestimmt haben und über eine Mehrheit im Reichstag verfügen, müßte sich eine dementsprechende Mehrheit wieder bilden lassen.

Aber auch das Experiment einer Reihethesisregierung unter Teilnahme der Deutschen Volkspartei konnte gemacht werden, weil sich die Partei ausdrücklich auf den Boden der Verfassung gestellt hat, wie das die ehemaligen Mitglieder der U.S.P., die die Verfassung in Weimar ebenfalls abgelehnt hat, ja auch getan haben. Daß sich gegen jede Koalitionspolitik allerlei Argumente anführen lassen, versteht sich von selbst. Aber wer das Geheimnis kennt, wie man für das deutsche Volk im allgemeinen und das Proletariat im besonderen mehr erreichen kann, wenn man auf Jahre hinaus im Parlament eine Minderheit ist, als wenn man zur Sicherung oder Erreichung bestimmter Ziele auf gemeinsamer Plattform mit anderen Parteien eine Regierungsmehrheit bildet, der ist verpflichtet, sein Geheimnis zu offenbaren, andernfalls verflucht er sich am Proletariat und am gesamten Volk.

Wenn aber die sozialdemokratische Partei an einer Regierungsmehrheit beteiligt sein soll, dürfen ihr die anderen Parteien nicht Zumutungen stellen, die sie nicht hinnehmen kann. Daß das unter Stresemanns Kanzlerschaft geschehen ist, wird im Ernst niemand bestreiten wollen. Schließlich ist die Republik doch nicht eine Angelegenheit der Sozialdemokratie allein, und die Verfassung wird mit berechtigtem Stolz von den Demokraten und doch als die Arbeit eines ihrer Besten bezeichnet. Jedenfalls wird Deutschland nicht zur Ruhe kommen, wird auch vom Ausland her keine wirksame Hilfe zu erwarten haben, so lange es nicht gelingt, die Zustände im Innern endlich zu klären. Dabei müssen alle in Betracht kommenden Parteien Entgegenkommen zeigen. Geschieht das nicht, dann wird das Schicksal des Reichs endgültig besiegelt sein. Denn ob Bolschewismus oder Hitlerismus — das wäre der Bürgerkrieg, der Zerfall des Reiches, der Triumph des Herrn Poincaré.

Eine gute Kampfschrift.

Gegen die deutschvölkische Lügenagitation.

Wohl noch nie ist ein in die Massen geworfenes Schlagwort so hoch und innerlich verlogen gewesen wie das jetzt von den Deutschvölkischen und ihren Nachläufern angewandte Wort vom „jüdischen Marxismus“. In Ruhr-Bagern gehoren und von den Hitler-Banden propagiert, wird dieses Schlagwort von der gesamten reaktionären Masse im Reich unter dem Gesichtspunkte angewandt: „Den Juden schlägt man, die Republik und den Sozialismus meint man!“

Es ist unter diesen Umständen außerordentlich zu begrüßen, daß der Verlag J. H. W. Dietz, Berlin, eine kleine Kampfschrift des Genossen Paul Kampffmeyer „Jüdischer Marxismus“ herausgebracht hat, in der die ganze Halbsichtigkeit des neuesten reaktionären Schlagwortes nachgewiesen wird. Doch der Wert der Schrift geht weit über ihre politische Tagesziel hinaus. Genosse Kampffmeyer weist nicht nur nach, daß Karl Marx, der die radikale Neugestaltung der Gesellschaft anstrebte, der beständige Gegner des Schadschicks als „jüdische“ Eigenschaften bezeichnet werden, er gibt auch im großen Umfange ein Bild der Entwicklung der sozialistischen Idee und der marxistischen Forschungsmethode während des letzten Jahrhunderts. Soweit es auf wenigen Seiten möglich ist, hat der Verfasser die wichtigsten Etappen dieser Entwicklung gekennzeichnet, beginnend mit der Hegelschen Philosophie bis in die neueste Zeit, in der an der Umgestaltung und Reformierung der sozialistischen Theorie intensiv gearbeitet wird. Die kleine Schrift wird deshalb den Genossen nicht nur im Tageskampfe gegen die deutschvölkische Agitation gute Dienste leisten, sie wird auch dazu beitragen, das Interesse für die geistige Vertiefung der Parteitagitation zu beleben.

Temperamente.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Der durchschnittliche Musiker, der Musik erfüllt und erschafft, wirft diese Leidenschaft bestimmend in das Tempo, in den Gehalt des Bespielten. Der bessere Musiker bezieht den Hauptteil seines jeweiligen Temperaments aus dem Wert, ihm in allen Schattierungen seines Inhalts und seiner Form folgend. Der beste, der große, der künstlerisch höchststehende Musiker verbindet die erste subjektive Art mit der zweiten, objektiven. Er schaltet das Wesen und Wesen des Bespielten seinem Innen-ich ein, ohne seine persönliche Führung dabei anzuzugreifen. Er bündelt gleichzeitig und ist geduldig, er läßt und wird geführt, er bleibt in einer Stille, ohne sich von ihr treiben zu lassen. Er gewinnt im Verzicht auf persönliche Akzente des Nachschaffens und er erhöht die Genußfähigkeit, wenn er eine wirkliche persönliche Geschmacksbeurteilung im Rahmen des Wertes für überpersönliche Höhe bringt. Es sind immer nur wenige, die diesen herrlichen Kompromiß gegebener und neu geschaffener Temperamente schließen.

Gegläubter Dohs ist einer von ihnen. Er hat mit ungewöhnlicher Latenz den alten philharmonischen Chor im staatlich-akademischen Hochschulchor wieder auferstehen lassen. Dieser Chor darf heute wieder als das Muster einer kultivierten Klanggestaltung gelten, als Vorbild für Klanggröße, Disziplin, Gefühlsmotiv und Stillempfinden. In der „Missa solennis“ Beethovens treffen sich ungebändigt, kämpferischer Bormärtsdrang, dynamisches Treiben, herrliche Gebärde eines Auhertelglases, pantheistisch Frommen mit der höchst gesteigerten Energie und dem starken Arm eines Mannes, der von ihm dieser Musik tief betroffen, gefährt und allgäubig geworden ist. Ueber der Technik in ihrer besten Form steht der Geist, der Wille und der Kult des Schönsingens. Die Entladung dieser psychischen Zusammenprallungen ist elementar, und selbst frühere gewollte Schärfe (wie das Prestissimo des Gloria) sind übermunden, abgeklärt durch die Größe und Reife einer Beethoven in Demut und Liebe sich nahenden Kraft. Der Eindruck ist überwältigend im Sturm der Leidenschaft, erschütternd im Gefühlssätzen. Die Aufführung sollte oft wiederholt werden, bis alle, die vergeblich an die Pforten des Saales klopften, teilhaftig wurden eines in seiner undogmatischen Form einzigartigen Wertes der Ewigkeiteliteratur. Walter und Fischer, die männlichen Solisten, erhöhen im Quartett die Größe des Eindruckes, wie Schönstimme, Kluge Paula Weinbaum verminderte ihn nicht. Nur Frau Kollner blieb die Sopranpartie innerlich fremd, sie sang noch mehr Noten als Notenhalt. Das Entleben in diese Musik wird ihr nicht schwer fallen; hat sie doch kurz vorher Audi Stephens hymnischen Viederzyklus glanzvoll zum Erfolg geführt. Das Bläser-Orchester, ungewohnt der schweren, spröden Begleitung, spielte gut, doch nicht bedeutend. Es ist durch die Not der Zeit gezwungen, von vielen Dirigenten ohne viel Proben geleitet zu werden. Das rächt sich gelegentlich. Doch hörte ich die Herren in einem Abonnementkonzert der Groß-Berliner Musikfreunde unter Mahlers sinnvoller und geschmackvoller Leitung höchst sauber und temperamentsgeladener spielen. Cambrion ist ein routinierter und noch höherem Ausdruck strebender, vorzüglicher Führer. Die Programmanswahl ist ein

kluges Gemisch aus Klassik und Popularität. Der Besuch dieser Abonnementabende (Friedrichshain, Hofenheide) ist den Berliner Arbeitern zur Bereicherung ihrer Literaturkenntnis und ihrer Genußfähigkeit anzuzuführen.

Eine Entladung war das Buhrens-Konzert des Thiloischen Chors. Diese Vereinigung scheint der Zeit höchsten Tribut gezahlt zu haben. Aber wenn man nur 10 Bassisten und ein mittelmäßiges Orchester aufbringt, soll man nicht in den menschenfressenden Raum des Ufa-Palastes gehen. Thilos Temperament erging sich in unangenehmen Reduktionen des äußeren Menschen und in einer Verschleppung der Tempi. Er hatte keinen guten Tag. Auch Frau Stolzenberg und Herr Hell verbesserten die Stimmung der Ruhe nicht. Dr. Steinbacher hat einen sympathischen, klugvollen, zu Herzen gehenden Satz; was er singt, hat Ausdruck. Nur sollte er lernen, mehr aus sich heraus als in sich hinein zu singen.

Im Temperament, Blut, Impuls fehlt es auch dem Volksoperngenerallistimus Eugen Szenkar. Er deutet die Carmen-Partitur und entwirrt sie in ihrem melodischen Park. Maria Janowska ist eine unmögliche Carmen trotz ihrer aparten, klaren, hellen und geschmeidigen Sopranstimme. Ihr Spiel schwankt zwischen dem eines puppenköpfigen Pensionärchens und einer Bardame. Kein Zug von Tragik in diesen schnippsigen Lippen, kein Funken Schicksal in dieser prachtvoll erlernien Parthe; aus Temperament ist Effektivität geworden.

Eine herrliche Musikerin, mit dem großen Zeichen des Musik-erlebens, ist Frau Nysz-Gmeiner, geliebte. Ihre Einführung ist echt und wahr, ob sie Mahler oder Wolf singt. Ein neuer Stern scheint mit Kathleen Parlow aufzugehen. Sie spielte das Brahmische Klavierkonzert mit der Berde und Sicherheit eines Kastemenschen, dazu mit der Andrust und Tonvermögen eines dem Wert leidenschaftlich hingebenden Künstlers. Man gerät in die wundervolle Bedenkenheit, an ihrem Ton, ihrer Lebnis, ihrer überaus stillen Wiedergabe des rätselhaft-schönen Wertes nichts ansetzen zu können. Ernst Wendel, als Begleiter routiniert, macht sich über das Tempo eines Mozartschen Andante ohne Grazie seine eigenen Gesetze. Die Regler-Variationen Op. 132 wurden verflucht, nur Presto und Fuge hatten großen Zug. Arthur Wolff, viel zu wenig beachtet und gehört, zeigt sich als ein beherzter und ein fähiger Mozart-Interpret (D-Moll-Klavierkonzert). Seine eigene Kadenz dürfte in ihrer schwungvollen, doch mozartisch gefärbten Art Verbreitung finden. Dasselbe Konzert spielte in der Philharmonie Arthur Schnabel, auch einer der Wenigen unter den Musikern. Ein Auserwählter an Fortschritt des Aufschlags, Führung der Melodie, Bedenklichkeit des gezeichneten Temperaments. Nur im kompositorischen Nebenbetrie wird er allzu persönlich, in einer Kadenz bis zur peinlichen Stilverkennung ausschweifend. Hartwängler hatte an diesem Abend bei Kollner, Mozart, Bruckner eine innere Haltung, die immer wieder für den Hörenden Glück und Bereicherung bedeutet. Und aus dem philharmonischen Orchester sang elter Lust, Freude, Zurückhaltung, Sturm, Leidenschaft und Temperament. Alles zu seiner Zeit. Das eben ist Zeichen künstlerischer Hochkultur.

Jungfreie Künstler. German Konstantin Drammalle am letzten Tage der Norddeutschen Kunstschau im Königl. Glaspalast Sonntag, den 2. Dezember, 11 Uhr vorm., eine Führung durch die Ausstellung.

Rechenmethoden für die Intelligenz. Seit geraumer Zeit schon beschäftigen sich amerikanische Psychologen angelegentlich mit dem Problem, die Intelligenz eines Individuums durch exakte Bestimmungsmethoden festzustellen. Diese Versuche werden insbesondere an der Befand Stanford Universität von Professor Lewis M. Terman und seinen Assistenten dadurch ausgeführt, daß den Prüflingen verschiedene Probleme zur Lösung aufgegeben werden. Die bei einer der letzten Prüfungen gestellten Aufgaben waren: 1. Es sollen restlose Divisionen der Begriffe von schwierigen Worten gegeben werden, deren Schwierigkeit sich abzuwehren steigert. 2. Der Prüfling hat den Widerspruch von Behauptungen zu erweisen, wie etwa der nachstehenden: ein Ingenieur erklärte, daß die Bewegungsgeschwindigkeit eines Zuges sich in dem Grad der Anzahl der Waggonen steigert. 3. Es sollen zwei einfache Zeichnungen von Gegenständen angefertigt werden, nachdem der Prüfling diese zehn Sekunden betrachtet hat. 4. Er soll eine Periode von 50 Worten lesen und nach beendeter Bekunde sofort acht der in ihr enthaltenen Hauptwörter nennen. 5. Es sind, von drei, zwei Fragen, wie etwa die folgenden korrekt zu beantworten: Weshalb sollen wir eine Person mehr nach ihren Handlungen als nach ihren Worten beurteilen? 6. Es sind innerhalb von drei Minuten sechzig dem Auge wohlgefällige Gegenstände zu nennen.

Wer alle diese Fragen gut beantwortet, wird auf ein geistiges Alter von zehn Jahren eingeschätzt, das sich je nach der Zahl der Irrtümer von zehn bis null vermindert. Den Intelligenzquotienten erhält man, indem man das geistige Alter mit dem wirklichen Alter dividiert. Hat beispielsweise eine Person von zwölf Jahren das geistige Alter von sechs, so hat er einen Intelligenzquotienten von 0,50, und eine Person von zehn Jahren, die nach der Prüfung auf ein geistiges Alter von fünf eingeschätzt ist, hat denselben Intelligenzquotienten. Diese Rechenmethode gründet sich auf die durch Vererbung erworbene Intelligenz, aber nicht auf die durch Schulbildung erworbenen Kenntnisse.

Zunahme der Sparrätigkeit als Folge der Währungsreform. In Deutschland hat seit der Stabilisierung der Krone eine gewaltige Zunahme der Sparrätigkeit eingesezt, die vorher beim Niedergang der Währung, unmöglich gewesen war. Die Sparratios sind dort seit September 1923 bis zum August 1925 um 1330 Proz. gestiegen. Dabei ist zu beachten, daß die soziale Lage der deutschösterreichischen Arbeiterchaft sich keineswegs in gleichem Maße gebessert hat. Das Band ist unter schwerster Arbeitslosigkeit, die erst neuerdings etwas abgenommen hat. Die Währungsreform hat so dazu beigetragen, daß der Verbrauch, der vorher aus Fluß vor der Krone oft unwirtschaftlich sein mußte, wieder in vernünftigeren Bahnen geleitet wurde und daß viele Bevölkerungskreise, die vorher gezwungen waren, aus der Hand in den Mund zu leben, befreit sind, einen Wohlstand aufzubauen.

„Kunstschau“. Unter den Linden 21. eröffnet am 30. d. M. eine Ausstellung von Kunstwerken des 18. Jahrhunderts sowie von ausgedehnter Größe des 19. Jahrhunderts. — Galerie Luz & Co., Unter den Linden 21. 9-11 gleichzeitige Gemälde, Skulpturen und Handzeichnungen moderner Meister aus.

Die erste Neuauflage des Deutschen Theaters und Schauspielers-Theaters findet Anfang Dezember die deutsche Uraufführung von Cicero's „Sextus Perizonius suchen einen Autor“ in der Inszenierung von Karl Heinz Martin statt.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Landtagsführung forderten die Abg. Dr. Meyer-Dipreusen (Komm.) und Schulz-Neußeln (Komm.) unter andauerndem Lärm ihrer Fraktionsgenossen, gegen die der Präsident wiederholt mit Ordnungsrufen einschreitet, die sofortige Besprechung der Rede des Innenministers Geering.

Da diese Forderung die vorschriftsmäßige Unterstützung von 15 Mitgliedern findet, wird die Besprechung eröffnet, während ein großer Teil der Mitglieder des Hauses den Saal verläßt.

Abg. Dr. Meyer-Dipreusen (Komm.): Herr Geering hat von Maschinengewehren, Dum-Dum-Geschossen und allem möglichen gesprochen, hat aber nicht bewiesen können, daß Frau Wolfstein irgendwo in Zusammenhang steht. Frau Wolfstein ist gar nicht Mitglied der Berliner Bezirksleitung. (Als der Redner von Schwindeisen und Dummbelien des Ministers spricht, wird er mehrmals zur Ordnung gerufen.) Der Redner fordert das Proletariat auf, sich trotz des Verbots zu bewaffnen. (Am Schluß der Rede stimmen die Kommunisten in stürmische Rufe: Nieder mit Geering! ein.)

Abg. Heilmann (Soz.)

erklärt, daß das Rülmen zum bewaffneten Zustand, ob von rechts oder links, ein Verbrechen am Volke sei, wogegen eine geordnete Staatsgewalt mit allen Mitteln einschreiten müsse. (Wärmende Unterredungen bei den Kommunisten. — Präsident Geering bittet wiederholt Ruhe zu halten.) Der Abg. Dr. Meyer hat das Material des Ministers im wesentlichen bestätigt und zugegeben, daß die Kommunisten den bewaffneten Zustand wollen. Dadurch ist der Standpunkt des Ministers gegeben. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.) Im Kampfe gegen das Bestreben, die Arbeiter vor die Maschinengewehre zu treiben, ist die Politik der Sozialdemokratie, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, die gleiche. Der Redner beantragt, den Fall Wolfstein dem Geschäftsausschuss zu überweisen, der seine Entscheidung treffen werde im Sinne der Wahrung der Immunität und der Wahrung des inneren Friedens. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Schölem (Komm.) betont, die Berliner Organisation der RPD und Ruth Fischer hätten in allen politischen Fragen dieselbe Haltung eingenommen, wie die Gesamtleitung der RPD. Der zuerst vom Minister verlesene Moskauer Brief sei offenbar gefälscht. Das Verbot der RPD bilde kein Hindernis für kommunistische Demonstrationen. Die kommunistische Partei bereite in der Tat die Revolution des Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie vor.

Ein Schlußantrag wird gegen die Kommunisten angenommen. Der Antrag auf Haftentlassung der Abg. Frau Wolfstein geht an den Geschäftsausschuss.

Bei der Beratung einer Verordnung, die Schutzmaßnahmen gegen das epidemische Auftreten der spinalen Kinderlähmung im Regierungsbezirk Breslau fordert, wünscht Abg. Dr. Wegl (Soz.) die Ausdehnung der Verordnung auf das ganze Staatsgebiet. Die Angelegenheit wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Nach debattierender Erledigung mehrerer Ausschussberichte werden bei schwachem Interesse die Vorlagen über Forderung der Aufsichtsbefugnis im Feuerpersonalwesen angenommen.

Als Berichterstatter des Hauptauschusses beantragt darauf Abg. Dr. Jäghender (Z.), das Staatsministerium möge zur Unterstützung privater gemeinnütziger Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsanstalten außerordentliche Mittel bereitstellen, aus denen auf Antrag Beihilfen zu den vom Reiche gewährten Zuschüssen gewährt werden können. Der Antrag wird debattiert angenommen.

Ferner stimmt das Haus dem Ausschussantrag zu den Ausführungsbestimmungen zum Tuberkulosegesetz zu, daß berücksichtigt werden soll, daß eine Pflicht zur Meldung für den zugewanderten Arzt nur dann besteht, wenn nach ärztlichem Urteil ein Ansteckungsfall als tatsächlich ansteckend betrachtet werden muß, und daß ferner die Mitteilung der bakteriologischen Untersuchungsergebnisse an die Meldestelle nicht zur Strafverfolgung gegen den Arzt benutzt werden kann. Weiter werden u. a. angenommen ein Antrag, nach dem durch eine Änderung des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes die mit Volksschulen verbundenen sogenannten gehobenen Klassen zum ihre Beurlaubung in der Aufzuchtungs- und Beförderungsmöglichkeit der Mittelschulen bzw. Mittelschullehrern gleichgestellt werden sollen. Ein Gesetz soll ferner vorbereitet werden, das die Aufbringung der Kosten für das gesamte höhere Schulwesen unter Berücksichtigung der neuzeitlichen Verhältnisse in der Bestimmungsfähigkeit von Staat und Städten neu verteilt.

Schluß 3,45 Uhr. Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorlagen.

Der Belagerungszustand in Sachsen.

Dresden, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag setzte am Mittwoch die Beratung der Anträge über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen, über die Vereinstellung eines Fonds zur Unterstützung der durch die Reichswehr Verhafteten sowie deren materielle Entschädigung fort. Nach fünfständiger lebhafter Debatte wurden die Anträge angenommen. In der Aussprache polemisierte auch Ministerpräsident Bellisch gegen den Ausnahmezustand und die Reichswehrgelände in Sachsen und erklärte dabei mit, daß er in der Nacht vom 8. zum 9. November von Dr. Strösemann ein Telegramm erhalten habe, in dem die sächsische Regierung um Hilfe gegen Bayern gebeten wurde. Eine Reichsregierung, so stellte Bellisch fest, die sich hilfesuchend an Sachsen wende, habe nicht das Recht, zu erklären, gegen angeblich verfassungswidrige Zustände in Sachsen vorzugehen zu müssen. Im übrigen war die Sitzung durch eine mehrstündige Debatte über die geplante Änderung bzw. Verschärfung der Geschäftsordnung ausgefüllt.

Dresden, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrkreiskommando IV hat mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die sächsische Bevölkerung zuschulden kommen ließen, aus dem Heere entlassen.

Neue Bundesbrüder.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Mit welcher Ehrlichkeit die Kommunisten ihre Politik der Einheitsfront betreiben, dafür haben sie soeben in Thüringen noch nachträglich nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung ein treffliches Beispiel geliefert. Bei dem kürzlichsten kommunistischen Landtagsabgeordneten Dr. Neubauer wurde ein Originalplan für eine Entfärbung der Afszene der thüringischen Landespolizei zu Weimar vorgefunden, die zur Nachtzeit durch kommunistische Hundertschafften, welche auch aus anderen thüringischen Städten herangezogen werden sollten, durchgeführt werden sollte. Dieser Plan sollte aller Wahrscheinlichkeit nach zur selben Zeit zur Ausführung kommen, in der die kommunistische Partei bereits eine Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie eingegangen war. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und die republikanische Landespolizei wären also das erste Objekt des kommunistischen Unternehmens geworden. Geht man dann die abgrundtiefe Charakterlosigkeit und heimtückliche kommunistischer Führer nicht beleuchtet werden, wie durch diesen Fund beim Abg. Dr. Neubauer. Dabei war dieser kommunistische Führer während des Krieges noch eifriges Mitglied der sogenannten Vaterlandspartei.

Der aufgefunden Plan selbst gibt nicht nur einen genauen Grundriss von den einzelnen Gebäuden der Landespolizeidirektion, sondern enthält auch genaue Angaben, wofür die einzelnen Räume dienen,

wo die Mannschaften bei Warm liegen, wo die Waffen, die Munition, das Benzin, die Funkstation, das Telegraphenmaterial usw. untergebracht sind. Außerdem enthält der Plan die Einzeichnung der Posten, die von den kommunistischen Hundertschafften sofort nach dem Ueberfall aufgestellt werden müssen, die einzelnen Einfall- und Einmarschposten, „wenn die Posten überzumpelt“, die Telefone, welche durchzuschneiden sind und welche Lote bei Nacht nicht befehrt sind. Auch das Gebäude, in dem sich das Ministerium des Innern und die Leitung der Landespolizei befindet, ist genau eingezeichnet, die Wohnung des Polizeidirektors Müller-Brandenburg ist dabei besonders verzeichnet. Der Plan war also fein gezeichnet, aber er kam doch an die Sonnen.

Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft.

Furchtbar mühen Hunger und Not in Deutschland, Hungerlöhne und Goldmarkpreise, Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit gehen von Tag zu Tag stärker an der Kraft der deutschen Arbeiterschaft. Am schwersten trifft die Not

die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse: die Kinder des deutschen Proletariats.

Bürgerliche Mitleidigkeit ist bereits hier und da am Werke, Brosamen vom Tische der Reichen für die Armen zu sammeln. Die Arbeiterschaft im In- und Auslande will — so schwer die Not auf ihren eigenen Schultern lastet — selber helfend eingreifen. Die Rettung der Kinder der deutschen Arbeiterklasse soll, soweit es ihr möglich ist, auch

das Werk der Arbeiterklasse selbst

sein. Unsere Ortsausschüsse und Arbeitsgemeinschaften haben den Kampf gegen die Not entschlossen aufgenommen. Wir wollen sie durch zentrale Hilfsmittel in diesem Kampf stützen und unterstützen. Wir beabsichtigen keinen neuen Verwaltungsapparat aufzuziehen, durch den ein großer Teil der Mittel vergeudet würde, sondern wir wollen dort, wo die Not am größten ist, wo der Wille und die Organisation zur Abhilfe bereit sind, mit unserer Hilfe unmittelbar eingreifen. Unsere weitverzweigten und gut durchgeleiteten Organisationen gewährleisten ein schnelles und sicheres Arbeiten. Wir bitten darum alle Genossen und Genossinnen im Inlande und Auslande, die ungeachtet der eigenen Not willens und in der Lage sind, eine Gabe für hungernde Arbeiterkinder zu spenden, sie an uns zu senden. Sie haben dadurch die Gewähr, daß die Mittel wirklich reiflos dem erstrebten Zwecke, der Speisung von Arbeiterkindern, zugute kommen.

Sendungen in möglichst wertbeständiger Form erbitten wir an Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. (Bankkonto: Fr. Barfels, Juchacz, Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.)

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

(Postfachkonto: Richard Bohmann, Berlin SW. 68, Nr. 155 468. Postfachamt Berlin NW. 7.)

Unsere Kinder hungern!

Gibt schnell und jeder nach seinen Kräften!

Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Marie Juchacz.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Paul Pöbe.

Besonders hart lastet die Not auf der deutschen Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr. Diese werden sich deshalb durch unsere dortige Organisation mit dem folgenden Aufruf an die Hilfsbereitschaft der Freunde im In- und Auslande. Wir bitten, Mittel, die allgemein der Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft zufließen sollen, an eine der obigen Adressen gelangen zu lassen, die Sonderspenden für Rhein und Ruhr dagegen der untenstehenden Adresse zuzuführen.

Helft Rhein und Ruhr!

Der vollkommene wirtschaftliche Zusammenbruch an Rhein und Ruhr hat zwei Drittel der Bevölkerung arbeitslos gemacht. In ungeheizten Zimmern frieren und hungern Millionen elender Kinder sorgloser Eltern, Kranke und Greise. Der Tod klopfst laut an ihre Tür. Mit letzter Kraft versuchen die wenigen, die noch schaffen können, ihn zu verschleppen.

Die proletarische Selbsthilfe, die Arbeiterwohlfahrt, steht verzweifelt ihre Hilfsmittel durch Arbeitslosigkeit, Geldentwertung und politische Zerrüttung erschöpft.

Kameraden im Ausland und all ihr Freunde der unschuldigen Kinder! An Euch wenden wir uns in größter Not. Wollt Ihr uns helfen, Menschenleben zu retten, Völkerhaß zu zerstören?

Spenden für das besetzte Gebiet richtet an:

Bandesrat Hans Wingender, Düsseldorf, Landeshaus (Konto Nr. 1889 der Landesbank in Düsseldorf).

Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt

(Bezirk: Rhein und Ruhr).

Arbeit im Ruhrgebiet.

Aän, 28. November. (M.B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Seit gestern werden Verhandlungen zwischen dem Rannesmann-Konzern und der Ricam über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des geschlossenen Hauptabkommens geführt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kohlenwirtschaft, sondern auch auf alle dem Konzern angeschlossenen Häften und Industrien. Inzwischen ist von der Ricam die Genehmigung erteilt worden, mit sofortiger Wirkung täglich 2500 bis 3000 Tonnen Kohlen, also etwa zwei Sätze nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet, daß etwa acht Schachtanlagen wieder in Gang gesetzt werden können.

Der englische Wahlkampf.

London, 28. November. (M.) Nur noch eine Woche ungefähr trennt England von der Neuwahl am 6. Dezember, und die Wahlkreise in ganz England befinden sich in einer fieberhaften Tätigkeit. Die Wahlveranstaltungen aller Parteien sind ohne Ausnahme stark besetzt. Die Wählerliste zeigt allein 10 1/2 Millionen wahlberechtigte Männer, ungefähr 100 000 mehr als die Wählerliste des letzten Frühjahrs. In keiner der früheren Wahlen standen sich so oft in einem Wahlkreis fast gleich stark die führenden Parteien gegenüber; in 263 Wahlkreisen allein stehen sich gleichzeitig die Kandidaten der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei gegenüber; in 126 Wahlkreisen fällt die Entscheidung zwischen Konservativen und Arbeiterpartei und in 53 zwischen Liberalen und Arbeiterpartei.

Der Ausbau des Mittellandkanals. Der bisherige Leiter der Reichswasserstraßenverwaltung Dr. Kirckstein ist in den Ruhestand getreten. Beim Amtsantritt seines Nachfolgers, des Ministerialdirektors Dr. Krohne, erklärte Reichsverkehrsminister Dejer als die wichtigsten Aufgaben die Förderung und Vervollendung des Ausbaus des Mittellandkanals und die Ausführung des Artikels 9 der Reichsverfassung: die Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung. Aber namentlich jene für das deutsche Wirtschaftsleben für alle Zeit bedeutende Ost-West-Kanalverbindung, der Mittellandkanal, müsse trotz aller Finanznot des Reiches als eine der lebenswichtigsten Einrichtungen gefördert werden. Minister Dejer deutete dabei auch die vielen Arbeitsmöglichkeiten an, die sich aus der Verwirklichung des Bauplans zur Entlastung der Erwerbslosenfürsorge erreichen lassen.

Die Agrarreform in Litauen. Auf Grund der Agrarreform wurden, wie aus Romno gemeldet wird, in den ersten neun Monaten dieses Jahres 117 400 Hektar Land enteignet. Die Enteignung betraf 418 Güter, deren frühere Besitzer 17 600 Hektar Land behalten durften. Vom enteigneten Landbesitz wurden Parzellen an 8313 Personen verteilt, deren Hälfte vollständig beschlos war.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Mal	3816
1. Juni	7 650	
1. Juli	37 651	
1. August	588 045	
1. September	15 000 000	
1. Oktober	3 260 000 000	
3. September	1 845 281	
10. "	5 051 046	
17. "	14 244 900	
24. "	28 000 000	
1. Oktober	40 400 000	
8. "	109 100 000	
15. "	691 900 000	
22. "	3 045 000 000	
29. "	13 671 000 000	
5. November	98 500 000 000	
12. "	218 600 000 000	
19. "	831 000 000 000	
26. "	1 535 000 000 000	

Steigerung gegen die Vormonate 84,7 Proz.

Deutlicher als je kommt in dem vorliegenden Index die Steigerung der Goldpreise im Kleinhandel zum Ausdruck. Der Dollar ist vom 21. zum 28. November von 2520 auf 4200 Milliarden Mark, also um 66,6 Proz. gestiegen, der Lebenshaltungsindex dagegen hat stärker, nämlich um 84,7 Prozent angezogen. Dem entspricht auch das Gesamtbild der Teuerung, wenn man es mit den Devisenkursen vergleicht. Bestenfalls sind, wie man am Preis der Goldmark ohne weiteres erkennen kann, genau auf dem 1000milliardenfachen des Vorkriegsstandes, die Lebenshaltungskosten sind dagegen trotz künstlich niedrig gehaltener Mieten bereits um 83,5 Proz. über der Devisenverteuerung, nämlich auf dem 1535milliardenfachen Stand. Für den Ausländer, der nicht in dem Genuß der billigen Mieten kommt, weil er im Hotel oder in möblierten Zimmern wohnt, dürfte demnach jetzt schon Deutschland das teuerste Land der Welt sein.

Das wesentliche Kennzeichen der Teuerung der letzten Wochen ist ja eben die Uebersteigerung der in Gold errechneten Preise. Für die Arbeiterschaft ist die Teuerung noch erdrückender, als sie in dem Lebenshaltungsindex zum Ausdruck kommt. Dieser stellt ja eine Durchschnittszahlung für das ganze Reich dar, umfaßt also auch Drischaffen, in denen insbesondere die Lebensmittelpreise nicht so stark gestiegen sind, wie etwa in Berlin oder in den großen Industrieregionen. Eine ganze Reihe von Waren steht jedenfalls im Preise wesentlich höher als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand. Diese Uebersteigerung der wichtigsten Lebensmittel zwingt die Arbeiterschaft, auf den Verbrauch anderer Waren zu verzichten, die vom Index noch erfasst werden, die aber von einem normalen Arbeitsverdienst heute nicht mehr gekauft werden können.

Es kommt alles darauf an, die ungeheure Kluft zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Warenpreisen zu überbrücken. Wie das möglich sein soll, indem man die Geldlöhne um 30 Proz. niedriger bemißt als die Friedenslöhne gewesen sind, während die Lebenshaltungskosten sogar noch dem amtlichen Index um mehr als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, das bleibt das Schicksal der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers, die derartige Anschauungen vertreten. Lebensfalls sollten diese Kreise sich nicht darüber wundern, weshalb dann die Industrie infolge Abnahmangels zu Stilllegungen schreitet und damit die soziale Krise noch weiter vertieft.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 27. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark das 1422milliardenfache des Friedensstandes und hat somit gegenüber dem Stande vom 20. November (1413,4 milliardenfach) keine wesentliche Veränderung erfahren. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) stellt sich am 27. November auf 142,8 gegen 141,8 am 20. November.

Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten am 27. November: Lebensmittel 1342milliardenfach (134,2 Gold), Getreide und Kartoffeln 1004milliardenfach (100,5 Gold), Industriestoffe 1573,1milliardenfach (157,3 Gold), Rohlen und Eisen 1604,2milliardenfach (160,4 Gold).

Ferner Einfuhrwaren 1627milliardenfach (162,7 Gold), Inlandswaren 1282milliardenfach (128,2 Gold).

Goldschahanweisungen des preussischen Staates.

Der preussische Staat gibt immerwährende Goldschahanweisungen mit einer Laufzeit von 1, 2 und 3 Monaten in Stücken über 10, 15, 20, 50, 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark aus. Die Schahanweisungen sind bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), Berlin, Marktgrafenstraße 38, zu beziehen. Sie werden gegen Papiermark abgegeben, nach dem Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz der Berliner Börse für Auszahlung New York am Tage vor der Abgabe, und nach dem genannten Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz vor dem Fälligkeitstage in Papiermark eingelöst, wobei eine Goldmark = 1/100 Dollar gerechnet wird. Die Einlösung in Rentenmark bleibt vorbehalten (eine Rentenmark = 1 Goldmark), Nichtbankiers wird ein Diskont bis zu 5 Proz. jährlich vorweg vergütet.

Für die Einlösung der preussischen Goldschahanweisungen wird aus den allgemeinen Staatseinkünften insbesondere die auf Goldbasis gestellte Einnahme aus der Steuer vom Grundvermögen bereitgestellt. Die Schahanweisungen können vom heutigen Tage vor Fälligkeit ab zum Nennbetrage auf Forderungen des preussischen Staates aus Steuer oder Beiträgen (z. B. Holzverkauf), soweit diese auf Goldbasis gestellt sind, in Zahlung gegeben werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallarbeiter lehnen den Schiedspruch ab.

Urabstimmung in den Betrieben.

Die Funktionäre des Metallartikels nahmen gestern Abend den Bericht von Ulrich über die Goldlohnverhandlungen mit dem VSM entgegen. Die Unternehmer lehnten grundsätzlich den Abschluss eines Tarifs auf Goldlohnbasis ab. Auch die Auszahlung des Lohnes in wertbeständigen Zahlungsmitteln wollen die Arbeitgeber nicht zugestehen; selbst die verlangte Einführung einer Entwertungsklausel kam für sie nicht in Frage. Nachdem so eine Verständigung unter den Tarifkontrahenten gescheitert war, fällt ein angerufenes Schiedsgericht einen Schiedspruch, der in seinen Grundzügen folgenden Wortlaut hat: „Ab 26. November beträgt der Stundenlohn für männliche Arbeiter in Klasse 5 (Ungelernte) 41 Pf. Den Parteien wird aufgegeben, sich über die übrigen Fragen des Lohnarfs zu verständigen. Die Zahlung erfolgt grundsätzlich in goldwertigen Zahlungsmitteln.“

Die Parteien haben daraufhin die Goldlöhne der einzelnen Klassen wie folgt festgelegt: Klasse 1 50, Klasse 2 47, Klasse 3 45, Klasse 4 43, Klasse 5 41 Pf. Die Akkordlöhne betragen 47, 45, 43, 41 und 39 Pf., Auszahlungszulagen 10, 7, 5 Pf., Frauenzulage 2, Kinderzulage 4 Pf. Ulrich erklärte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, die Unternehmer haben bei den Nachverhandlungen den Standpunkt vertreten, daß sie darüber noch ins Klare kommen müssen, ob nicht im Tarif Löhne enthalten sein müßten, die um die Hälfte niedriger sind und daß dann auf diese Zahlen ein Zuschlag von zunächst 100 Proz. gezahlt wird, der allerdings bei steigenden oder fallenden Lebensmittelpreisen geändert werden soll. Man sei auch gewillt, die Spanne zwischen den Klassen 1 und 5 zu vergrößern. Die Funktionäre müßten nun über die Frage entscheiden, ob diese Goldlohnregelung Wirklichkeit werden soll oder ob eine tariflose Zeit einzutreten habe.

Ziska betonte in der Diskussion daß der Schiedspruch unter keinen Umständen freiwillig angenommen werden kann. Entscheidend für die Abstimmung müsse die Erkenntnis der wahren Machtverhältnisse sein. Nachdem noch eine Reihe von Diskussionsrednern teils für, teils gegen die Annahme des Schiedspruchs gesprochen, erfolgte in der Abstimmung die Ablehnung des Schiedspruchs gegen eine kleine Minderheit. Am Freitag und Sonnabend findet in den Betrieben eine Urabstimmung statt.

Im Schlußwort teilte Ulrich noch mit, daß die Unternehmer am Sonnabend 2,5 Billionen Mark Vorschuß und das Brotgeld, am Dienstag und Sonnabend kommender Woche je 5 Billionen unter Fortfall des Brotgeldes zahlen wollen.

Achtung, Bauarbeiter!

Der Stundenlohn für Maurer, Zimmerer, Zementfahrbauer, Stein- und Kallträger sowie Finschaler beträgt bis zum 4. Dezember 70 Goldpfennige. So die Auszahlung noch in Papiermark erfolgt, wird als einheitlicher Umrechnungssatz für die Woche vom 21. bis 27. November eine Goldmark gleich 1 Million Papiermark gerechnet. Wägen beträgt der Stundenlohn für die laufende Woche für die vorstehenden Fachgruppen 700 Milliarden Papiermark. Mauer, Kallschläger, Beton- und Wasserträger sowie Zementarbeiter erhalten 66, Bauhilfsarbeiter 63 und Tiefbauarbeiter 56 Goldpfennige.

Die Arbeitnehmervertreter hatten gefordert, daß die Sicherungshäute des Schiedspruchs und im Hinblick darauf, daß sich die Grundpreise wesentlich geändert haben, neue Verhandlungen beantragt, die am Dienstag stattfinden. Die drei Unparteiischen haben gemäß I Abs. 4 des Schiedspruchs vom 19. November wie folgt entschieden:

„Die Unparteiischen geben zu, daß eine gewisse Veränderung der Verhältnisse seit Fällung des Schiedspruchs eingetreten ist. Sie sind jedoch nicht in der Lage festzustellen, daß bis zum 26. November Umstände eingetreten sind, die der einen oder anderen Partei die Durchführung des Abkommens unmöglich machen.“

Die tägliche Arbeitszeit beträgt laut Tarifvertrag ab 1. Dezember sieben Stunden.

Die Vorstände der bauverwandlichen Arbeitnehmerverbände.

Die graphischen Hilfsarbeiter zum Buchdruckerstreik.

In einer Diensttag Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Grohmann vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter über „Die Situation im Buchdruckgewerbe und die Aufgaben der Organisation“. Der Redner bezeichnete als die Ursache des Streiks das jedes Entgegenkommen für die berechtigten Forderungen der Gehilfen vermissen lassende Verhalten der Unternehmer, die nach dem für die Arbeitnehmer erfolgreich beendeten Auguststreik seitdem nur darauf ausgingen, ihre Arbeitsposition wieder zu festigen. In der jetzigen Zeit schlechtester Konjunktur im graphischen Gewerbe sei darum den Unternehmern der Streik nicht unwillkommen gewesen. Grohmann schloß dann in einengender Weise den Verlauf des ganzen Kampfes, dem man auch durch die Militärgewalt auf Grund der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben, wozu auch Banknoten- und Druckereien zählen, beizukommen versucht habe. Durch die Maßnahmen des Oberbefehlshabers, die in einer Unterbindung der Berichterstattung in Funktionärsversammlungen und in der Verhaftung von Angestellten und Funktionären der Organisation gipfelten, habe sich das innige Verhältnis zwischen Organisation und Mitgliedern etwas gelockert. Nachdem der Reichsarbeitsminister den bekannten Schiedspruch für Berlin für verbindlich erklärt habe, sei die Situation für die Gehilfenschaft nach schwieriger geworden. Weil der Kampf von der graphischen Arbeiterchaft nicht allein weitergeführt werden konnte und eine Verbreiterung der Basis durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission und des VSM-Ortsartikels nicht möglich war, seien die Ortsverbände in ihrer Gesamtheit genötigt gewesen, den Kampf abzubrechen. Man habe eben aus dem Streik die bittere Lehre ziehen müssen, daß man sich dovor hüten muß, die gegenüberstehenden Kräfte falsch einzuschätzen. Diese Niederlage dürfe uns jedoch nicht mutlos machen, sondern erst recht zur Arbeit für die Stärkung der Organisation anspornen. Für die nächsten einzuweisen, die als Opfer des Streiks nicht in die Betriebe zurückkehrten, betrachte die Organisation als ihre heiligste Pflicht. In der jetzigen Zeit, in der auch

der Reichsarbeitsminister gefallen sei, müßten sich alle Mitglieder fester und treuer denn je um die Organisation scharen.

In der durchaus sachlichen Diskussion herrschte Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referierenden. — Da der letzte Schiedspruch für die Hilfsarbeiter als unbefriedigend abgelehnt werden mußte, fanden neue Verhandlungen statt, deren Ergebnis noch nicht feststeht. Mit einem Appell an die Mitglieder zum Abonnement des Verbandsorgans, der „Solidarität“, erreichte die Verbandsleitung ihr Ende.

Erneuter Ausschluß Eberts aus dem Sattlerverband.

Das Organ des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes brachte in seiner Ausgabe vom 26. November unter der Rubrik „Verbandsnachrichten“ folgende Bekanntmachung:

Ausschluß.

Auf Antrag der Beisitzer des Verbandsvorstandes wurde das Mitglied Fritz Ebert, B.-Nr. 16 220, wegen Verstoßes gegen § 4 Abs. 2a aus dem Verbandsausgeschieden.

Es wurde uns auf Anfrage bestätigt, daß es sich um den Ausschluß des Reichspräsidenten Eberts aus der gewerkschaftlichen Organisation seines ehemaligen Berufes handelt. Die angelegene Satzungsbestimmung lautet, daß der Ausschluß eines Mitgliedes auf Antrag der Ortsverwaltung vom Verbandsvorstande erfolgen kann, wenn es: „sich Handlungen zuschulden kommen läßt, welche den Interessen des Verbandes entgegenwirken“. Eine derartige Bestimmung ist in allen Gewerkschaftssatzungen enthalten und ihre Dehnbarkeit spielt gewöhnlich keine Rolle, da es sich meist um die gleichen ziemlich genau umrissenen positiven Verstöße gegen die Verbandsinteressen handelt. In der Regel erfolgt der Ausschluß auf Antrag einer Ortsverwaltung des Verbandes. Handelt es sich um Mitglieder, die dem Verbands längere Zeit angehören und um Fälle, in denen die bewußte Absicht einer Schädigung der Verbandsinteressen nicht ohne weiteres klar liegt, sucht der Verbandsvorstand zwischen der Ortsverwaltung und dem betreffenden Mitgliede zu vermitteln, da ein Ausschluß auf Grund dieser Bestimmung keine reine Formlosche ist und für den Ausgeschlossenen eine große Kränkung bedeutet.

In diesem Falle oder haben die Beisitzer des Verbandsvorstandes, die von der Berliner Mitgliedschaft gewählt worden sind, dem Antrag auf Ausschluß zustimmend und auf Grund ihrer Mehrheit im Vorstande auch durchgesetzt.

Daß etwa der Reichspräsident, Genosse Ebert, die Interessen des Sattlerverbandes geschädigt hat, werden auch die Vorstandsbeisitzer dieses Verbandes nicht behaupten. Es handelt sich daher auch weniger um eine gewerkschaftliche als vielmehr um eine politische Maßnahme. Da der Reichspräsident kaum die Absicht hat, wenn er einmal von seinem Amte ausscheidet, wieder der Sattlerberuf zu ergreifen, zumal er ihn schon seit Jahrzehnten aufgegeben hat, ist diese Maßnahme praktisch belanglos. Umso mehr aber stellt sie sich als eine Kränkung dar. Gegen den Ausschluß ist die Berufung an den Verbandsausschuß zulässig und in letzter Linie an den Verbandstag, die Generalversammlung des Verbandes. Sollte diesmal der Verbandsausschuß den Ausschluß bestätigen, dann könnte nur noch vom Verbandstag erwartet werden, daß im Interesse der Gewerkschaftsbewegung und der Gesichte eines Verbandes dieser aus einer gewissen Stimmung entsprungene, kurzfristige und kleinliche Beschlüsse wieder rückgängig gemacht wird.

Zugegeben, daß manche Maßnahmen, die der Reichspräsident auf Grund seiner Stellung getroffen oder mit seinem Namen gedacht hat, der Gewerkschaften nicht gefallen konnte. Dabei darf aber nicht ganz übersehen werden, daß auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren Dinge vorgekommen sind, die vor dem kaum denkbar waren, die den überzeugten Gewerkschaftsgenossen auch nicht gefallen konnten und die keineswegs im Interesse der Gewerkschaftsbewegung lagen. Daß die Auffassung über die Haltung des Reichspräsidenten gegenüber den Gewerkschaften mindestens nicht einseitig ist, zeigt schon daraus hervor, daß seine Haltung teils in Bausch und Bogen verurteilt wird, während andererseits seine Intervention zugunsten der Arbeiterschaft angerufen wird, ihr drohende Nachteile abzumildern oder unbilligen Zuständen abzuhelfen oder sie zu mildern. Darf das Vertrauen auf die vermeintliche Allmacht des Reichspräsidenten nicht zu weit gehen, so dürfte auf der anderen Seite auch das Mißtrauen gegen den Gewerkschaftsgenossen Ebert nicht zu weit getrieben werden.

Faschistische Arbeiterdelegation auf der Arbeitskonferenz

Der faschistische Arbeiterdelegierte Rossini, der auf der jüngsten in Genf gehaltenen Arbeitskonferenz u. a. die nicht leichte Aufgabe hatte, seine Dofensberechtigung zu demonstrieren, hat sich in seinen gewundenen Erklärungen sogar auf den Franzosen La Piaz berufen und festgestellt, daß die Arbeiterbewegung nicht mehr länger nach Berufs-, sondern nach Produktionsgruppen eingeteilt werden müsse, die Arbeitgeber, Arbeiter, Mittelsstands- und Kleinrentner umfassen. Rossini mußte zu dieser Ausrede Zuflucht nehmen, weil die faschistischen Gewerkschaften bekanntlich nicht allein Arbeiter, sondern im Gegensatz zu den Bestimmungen des Teiles XIII des Friedensvertrages auch Arbeitgeber umfassen. Dies geht auch einwandfrei aus dem vom römischen Amtsblatt vom November 1922 veröffentlichten Statuten der faschistischen Organisationen hervor, in denen es u. a. heißt, daß der faschistische Gewerkschaftsbund eine Organisation sei, die „unter dem Symbol der italienischen Fahne alle Bürger beiderlei Geschlechts organisieren, d. h. aller Klassen und Kategorien der Hand- und Kopfarbeiter“. Artikel III sagt ausdrücklich: „Jede Berufs-kategorie wird in Klassen eingeteilt, je nachdem es sich um Kapitalisten, direkte Produzenten, Unternehmer, Genossenschaftler, Teilhaber, Mitglieder freier Berufe, Angestellte und Lohnarbeiter handelt.“

Wir glauben, daß diese Artikel der Statuten, die nach den Ausführungen des Herrn Rossini plötzlich wieder nicht offiziell anerkannt sind, zur Genüge beweisen, daß die faschistischen Organisationen keine bona-fide-Gewerkschaften sind. Wo Rossini ansetzt dieser Tatsachen als Leiter einer Gewerkschaftsbewegung, die ernst genommen werden will, den Mut herimmt, zu sagen, daß die faschistischen Organisationen noch keine Statuten haben, obwohl der faschistische Gewerkschaftsbund schon zwei Jahre existiert, wissen wir nicht. Gibt es irgendein zivilisiertes Land, wo eine Organisation zwei Jahre bestehen kann, ohne Statuten zu haben? Diese Feststellungen werfen ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse in der faschistischen Organisation sowie auf die italienische Regierung, die Delegierte einer Organisation abordnet, die nicht einmal Statuten hat.

Die Regierungen und Arbeitgeber haben trotzdem für die

Gültigkeitserklärung des Mandats Rossinis gestimmt. Den Zeitungen zufolge hat Mussolini in einer anlässlich der Jahresfeier des Marsches der Faschisten gegen Rom gehaltenen Rede in diesem Zusammenhang sogar erklärt, daß die Zulassung der faschistischen Delegierten zur Internationalen Arbeitskonferenz der erste Segen der faschistischen Gewerkschaftsbewegung gewesen sei. Ob das Wort „Segen“ hier am Platze ist, ist sehr zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß alle Arbeiterdelegierten in Genf, Vertreter der christlichen Organisationen einbezogen, gegen die Zulassung der italienischen Delegierten stimmten. Mit anderen Worten: Alle Vertreter der größten und repräsentativsten Organisationen fanden in der Opposition. Doch nicht nur das. Wir haben in der entscheidenden Sitzung scharf umhau gehalten und können feststellen, daß die Regierungen delegierten von Deutschland, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei vor der Abstimmung den Saal verließen, sich also der Stimme enthalten haben. Ferner liegt aller Grund zur Annahme vor, daß verschiedene Regierungsdelegierte nur für die Zulassung stimmten, um keine Unannehmlichkeiten mit Stalin zu haben. Die Arbeitgeber haben natürlich alle für die Zulassung gestimmt und dieses „Segens“ mag sich die faschistische Arbeiterbewegung rühmen.

Zum Schluß noch eine Feststellung. Die Frage der Zulassung der faschistischen Delegierten wurde am letzten Tage der Arbeitskonferenz behandelt, d. h. nachdem die ganze Arbeit beendet war. Auch auf früheren Konferenzen ist die Frage der Mandate immer erst gegen Ende der Konferenz erledigt worden. Wenn es aber um derartige, für die Arbeiterbewegung so vitale Probleme geht, sollten doch wenigstens Maßnahmen getroffen werden, daß die Mandatsprüfung im Plenum früher zur Behandlung gelangt. Auf diese Weise hat die Arbeitergruppe besser Gelegenheit, ihre Stellungnahme gegenüber denjenigen festzusetzen, die nur die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hemmen. Daß die Regierungen und Arbeitgeber für die Zulassung stimmten, verwundert uns in diesen reaktionären Zeiten nicht. Die Arbeiter haben aber klar zu erkennen gegeben, daß sie mit Leuten wie Rossini und seinen Gefolgsleuten nichts zu tun haben wollen. (Es sei die sich für die Einzelheiten dieser Angelegenheit interessieren, verweisen wir auf die beim Internationalen Arbeitsamt zu beziehenden provisorischen Berichte über die Sitzung vom 29. Oktober, worin auch die Rede Teubners zu dieser Frage in extenso erschienen ist, sowie vom 26. Oktober, wo man alle Einzelheiten über die faschistischen sogenannten Gewerkschaften findet.)

Für die Angestellten im Exporthandel wurde gestern vor dem Demobilisationskommissar folgender Vergleich geschlossen: Beihilfe und Jugendliche erhalten die Höhe des Schiedspruchs: Gruppe I 75 und 100 Goldmark, Gruppe II 100 und 125, Gruppe III 125 und 150, Gruppe IV 150 und 200 Goldmark. Die Auszahlung soll tunlichst wertbeständig erfolgen. Falls dies nicht möglich ist, soll den Arbeitgebern vom Arbeitgeberverband dringend empfohlen werden, bei Zahlung in Papiergeld den Kurs des Zahlungstages zugrunde zu legen.

Für die Angestellten der chemischen Industrie ist eine endgültige Gebaltsregelung für November 1923 noch nicht erfolgt, weil sich die Arbeitgeber ablehnend verhielten. Es wird deshalb der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. Für Dezember 1923 sind an Monatszahlungen zu leisten: 1. am Sonnabend, den 1. Dezember, 6000 Septembergehälter, davon 50 Proz. wertbeständig, 2. am Dienstag, den 4. Dezember, 6000 Septembergehälter, davon 30 Proz. wertbeständig. Die wertbeständigen Zahlungen sind den jeweiligen Kursen anzupassen.

Achtung, BSB-Abwanderer! Morgen, Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 8, 2. Hof, 8 Tr., Versammlung aller Funktionäre der BSB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen unbedingt erforderlich. Parteiausweis legitimiert.
Wahlprüfungsamt, 14. Abs. Morgen, Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Hennig, Klempnerstr. 4. Mitgliederversammlung. Die ausgesprochenen Mitglieder sind ebenfalls eingeladen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Achtung, Bergmann, Rosenhof! Morgen, Freitag, nachmittags 4 Uhr im Lokal von Schneider, Rosenhof, Baumhofsstr. 10. Versammlung aller BSB-Genossen. Sachverständigenkollegium können eingeschickt werden. Referat über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands. Parteiausweis mitbringen. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Versammlung der arbeitenden Mitglieder morgen, Freitag, nachmittags 1 1/2 Uhr in der Bauerei Köhnhof, Schönhauser Allee 10. Mitgliedsbuch legitimiert. Kommen und Beschlusseinsparung. Die Funktionärsversammlung findet nicht heute, sondern morgen, Freitag, abend 7 Uhr bei Koch, Adalbertstr. 10. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erscheint in dieser Woche nicht, wegen technischer Umstände des Betriebes.
Generalverband der Angestellten. Sektion Metallgewerbe: Öffentliche Versammlung heute abend 7 1/2 Uhr im Reichstheater, Neue Allee 26. — Sektion Buchhandel: Funktionärsversammlung morgen, Freitag, abend 7 1/2 Uhr im Ortsverband, Belle-Alliance-Str. 7-10. Bericht über die Tarifverhandlungen. Wirtschaftsbuch und Parteiausweis legitimiert.
Kassa Dr. C. F. Buch, Wilhelmstr. 125-126. Die Auszahlung des letzten Lohnes findet für Werktag 4 Freitag, vom 14. bis 15.11 Uhr und für Werktag 8 und 9 am gleichen Tage von 11 bis 12 Uhr statt. Die Auszahlung für die entlassenen Arbeiter und Kolleginnen findet in der Anmeldung statt. Der Arbeiterrat.

Aus der Partei.

An alle Parteigenossen!

Der Parteivorstand ersucht, folgendes zu beachten:
Durch den Tod des Genossen Wonnlich macht es sich nötig, die Anschrift des Parteivorstandes zu ändern.
Wir bitten, von jetzt an alle für den Parteivorstand bestimmten Briefe und Sendungen zu adressieren an
Jr. Partels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Das Postfachkonto des Parteivorstandes lautet: **Jr. Partels, D. Weis, R. Ludwig Nr. 7918 beim Postfachamt Berlin.**
Die Telefonanschlüsse des Parteivorstandes sind: Amt Dönhoff 740/41.

Verantwortlich für Politik: **Ernst Reuter**; Wirtschaft: **Ernst Ostermann**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Revision: **Dr. John Schilowski**; Coblenz und Conkries: **Fritz Karst**; Anzeigen: **Ch. Glade**; Öffentlich in Berlin: **Berlin-Verlag O. m. d. O. Berlin**; Druck: **Formalis-Verlag** und **Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3**, hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Sonnabend“.

Gleicher Preis für Alle!

Hohe Rabatte bringen dem Goldgeld-Zahler keinen wirklichen Vorteil, dem Papiergeld-Zahler gewaltigen Nachteil.
Daher berechnen wir in Zukunft bei jeder Zahlungsart die gleichen billigen Preise.

Leipziger Straße 81, am Dönhoffplatz

Max Kühl

Altes Berliner Spezialhaus für Strümpfe, Trikotagen, Wollenwaren, Herrenwäsche

Der Alten Not.

Die Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege befaßt sich mit dem „Schicksal der Siechen und Alten“.

Siechenhaus und Altersheim haben im Laufe der Entwicklung eine ganz bestimmte Stellung im Rahmen der Wohlfahrtspflege gewonnen.

Räumung einer Schlemmertwohnung.

Gegen das Unwesen der zahlreichen Schlemmertokale haben sich die bisher geltenden Gesetze und Verordnungen als unzulänglich erwiesen.

Der Ernährer im Gefängnis.

Für notleidende Familien von Gefangenen sollen, wie alljährlich, wieder Gaben gesammelt werden, aus denen man ihnen an Weihnachten eine Freude bereiten kann.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Aber in der Hütte war es jetzt lebendig geworden, denn jetzt war Jakob gekommen, immer mehr Schnaps gab es, allerhand Schauergeschichten wurden aufgetischt, und sie lachten, daß die Wände zitterten.

hat auch in diesem Jahre eine Sammelstelle gütig eröffnet. Die Verteilung erfolgt ohne Unterschied der Konfession.

Einhundertmilliardensache Grundmiete.

Einspruch des Oberpräsidenten: Zuschläge für den ganzen Monat.

Das Städtische Zentralfamt für Wohnungswesen teilt mit: Gegen die vom Magistrat in der vergangenen Woche beschlossene Bekanntmachung betr. Festsetzung der Dezembermiete hat der Oberpräsident Einspruch erhoben.

Für die Verwaltungskosten: in einfachen Häusern die 25-milliardensache monatliche Grundmiete, in Häusern mit einer besonderen Einrichtung die 30-milliardensache monatliche Grundmiete.

Erhöhung des Brotpreises.

Dunkles Brot 84, helles 100 Goldpfennige.

Der Brotpreis beträgt vom heutigen Donnerstag ab: 84 Goldpfennige für das dunklere und 100 Goldpfennige für das hellere Roggenbrot.

Die Tür ging auf, Per Suzanska kam langsam herein. Es war nicht leicht, in dem dichten Tabakrauch sein Gesicht genau zu sehen.

Und jetzt war Jakob schon mitten in einem Erlebnis aus Finnmarken. Das ist eine merkwürdige Sache mit dem Donner dort! Sie liegen draußen auf dem Meer und fischen Heilbutten, und um sie herum streicht ein großer Wallfisch.

Preisprüfung hat gemeinschaftlich durch Abteilung W des Polizeipräsidiums und die Preisprüfungsstelle stattgefunden.

Die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und die Direktion der Stadentwässerung teilen mit, daß die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und die Entwässerungsgebühr für den 29. November unverändert sind.

Auf der Spur des Frauenmörders.

Eine wichtige Zeugenaussage.

Zu dem Raubmord in der Komintener Straße wird gemeldet, daß die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei zu einer wichtigen Feststellung führten.

Die feindlichen Schwestern.

Zu einem tragischen Ausgang hätte beinahe der Streit zweier Schwestern geführt, dessen Folgen zu einer Privatklage einer Frau R. gegen ihre Schwester Kräulein K. vor dem Schöffengericht Berlin Mitte führte.

Ein Fall von Lepra-Erkrankung. Auf der Wache des 152. Polizeireviere in Wilmersdorf erkrankte die wohnungslose 86 Jahre alte Ältere Hedwig Herrmann und hat um Unterkunft bei Feststellung ihrer Verhältnisse und Durchsicht ihrer Papiere stellte

Wieh an einem Tage herunterholen, als ein rechtes Himmelsunwetter war, und da stehen die Röhre mit den messingbeschlagenen Hörnern, und gerade wie Per die Hand ausstreckt, um die Röhre am Seil zu nehmen, da gibt's einen Knall!

Sie schlugen sich auf die Schenkel und brüllten — Per war doch noch der Alte!

Es war der Spielmann, der zum letztenmal spielt. Als ein anderer wieder das Wort nahm, setzte er sich abseits und war froh, daß keiner ihn mehr beachtete.

Und Lars ging umher und schenkte ein. Keiner sollte ihm nachsagen, daß er bei der Traktierung geizig habe. Der Vater mochte ihm Blide zuwerfen, aber heute abend hatte Lars zu bestimmen.

„Ja, komm, gehen wir!“ rief Lars. Er hatte einen roten Kopf und warf seinem Vater einen Blick zu, der besagen sollte: Nun tue ich, was ich will!

„Du erzählst vom Donner, Jakob,“ begann er, und die bekannte, singende Stimme genigte, daß alle sich nach ihm umwendeten und lauschten.

„Was?“ riefen mehrere, „hat der Donner Pers Ruh die Hörner abgeschlagen?“

„Gewiß doch! Es war in den Lorfmooren. Er wollte das

Lars hatte endlich geschmissen. (Fortsetzung folgt.)

